

work' argument is in reality an undifferentiated 'end of work as a cost factor' argument driven by corporations and neo-liberal politics as norm-free instrumental systems of money and power. The renewal of the labour movement in that sense is an outcry for a *normative* re-conceptualization of work society in regard to the social organization of the economy, the normative understanding of work and the appropriate political channels. For the neo-liberal *Zeitgeist* does not give any voice to those who are actually involved not only in the sphere of work but increasingly in the whole of (market) society.

With the push for a renewal of social labour movements *Wilson* points out a possible way of reviving the dialogue between work, society and politics which is of vital significance for social identities, social change, and social structure. Although the suggestions leave some practical questions open, they point in the right direction and make work accessible to much needed normative discussions. This is a demand that fits well with Honneth's (1996) struggle for recognition based on a normative evaluation of work as useful contributions to society or Feenberg's (1999) "democratizing rationality".

The Struggle Over Work is a pointed statement that full employment with high levels of equality is still a valid goal for contemporary society. As *Wilson* puts it himself: "I believe we can still combine employment and equality. But, as always, achieving a 'jobs with equality' approach will depend on a change in industrial and political power" (170). One might add, social theorists always only offer an interpretation. Unfortunately, after the just passed IR legislation, in Australia it is more than ever up to the individual struggles over work in everyday life to prove them right or wrong.

References

- Beck, U. (2000a): *The Brave New World Of Work*. Cambridge
- Feenberg, A. (1999): *Questioning Technology*. London
- Gorz, A. (1982): *Farewell to the working class. An essay on post-industrial socialism*. London
- Gorz, A. (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt
- Hayek, A. v. (1975): *Full employment at any price?* London
- Honneth, A. (1996): *The Struggle For Recognition: The Moral Grammar Of Social Conflicts*. Cambridge
- Offe, C. (1984): *Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*. Frankfurt
- Offe, C. (1985): *Work: The key sociological category?*; in: J. Keane: *Disorganized Capitalism*. Cambridge: Polity Press in association with Oxford, 129-150
- Pixelley, J. (1993): *Citizenship and employment. Investigating post-industrial options*. Cambridge
- Rifkin, J. (1995): *The end of work*. New York
- Wilson, S. (2004): *The Struggle Over Work*. London/ New York

Norbert Ebert (Sydney)

Matthias Möring-Hesse (Hg.) (2005): *Streit um die Gerechtigkeit. Themen und Kontroversen im gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurs*, ISBN: 3899742117, Schwalbach/Ts., Wochenschau-Verlag, 206 Seiten, 18.80 €

Mit der Bundestagswahl 1998 ist „die Gerechtigkeitsfrage in die Gesellschaft zurückgekehrt“ zitiert *Matthias Möhring-Hesse* (S. 6) den früheren Bundestagspräsidenten W. Thierse: Der Streit um Gerechtigkeit geht nicht nur darüber, „ob die eigene Politik oder die der anderen dem Maßstab der Gerechtigkeit entspricht, sondern man streitet zugleich über diesen Maßstab“ selbst (ebd.). Gerechtigkeit als Dauergegenstand philosophischer Reflexion sei zwar, so der Herausgeber in seinem Vorwort, nach Auffassung von P. Nolte, - der aktiv an seiner Umdefinition im Diskurs der „neuen Sozialdemokratie“ beteiligt war - „ein durch gutgemeintes Dauerkneten implodierter Kernbegriff“ im aktuellen politischen Diskurs; tatsächlich aber habe der politische Streit um Gerechtigkeit an Bedeutung gewonnen, Und „wer im Streit um die Gerechtigkeit mithalten will, der muss sich in der Vielfalt dieses Streits auskennen und sich – wohl oder übel – einen Überblick verschaffen“. Der vorliegende Sammelband lädt dazu ein.

M. Möhring-Hesse präsentiert eine Vielzahl informativer Beiträge von Theologen, Philosophen, Soziologen und Politikwissenschaftlern. In einem ersten Block wird über veränderte Akzentsetzungen beim Gerechtigkeitsbegriff informiert. In einer zweiten Gruppe von Beiträgen geht es um Begründungen hierfür, die aus der theoretischen Debatte um Gerechtigkeit entnommen werden. Schließlich werden Verschiebungen bei den gerechtigkeitsrelevanten Themen näher behandelt. Der Herausgeber leitet jeden dieser drei, aus der Gliederung nicht sofort ersichtlichen, drei Blöcke mit gut fundierten Beiträgen ein. Auch der mit dem Thema theoretisch weniger vertraute Leser findet so z.B. in einem Aufsatz des Herausgebers einen aufschlussreichen Zugang zur Gerechtigkeitstheorie des liberalen amerikanischen Philosophen John Rawls und zu deren Interpretation aus kommunitaristischer Sicht (*Michael Walzer*) oder der eines „aristotelischen Sozialdemo-

kratismus“ (*Martha C. Nussbaum*). Dabei liegt eine Stärke von *M. Möhring-Hesses* Argumentation darin, dass er seine Konturierung der philosophischen Kontroversen mit dem Vorschlag verbindet, „die Theorie der Gerechtigkeit wieder enger an die politischen Auseinandersetzungen um die gerechte Ordnung gesellschaftlicher Verhältnisse“ zu führen (89).

Der Leser findet zunächst einen Beitrag von *Stefan Liebig* und *Bodo Lippl* zu der Frage, was denn die Bundesbürger in Ost- und Westdeutschland für gerecht und ungerecht halten. Er belegt, dass individualistische, marktliberale Gerechtigkeitsvorstellungen auf dem Vormarsch sind, zugleich aber auch fatalistische Einstellungen, also Zweifel, dass die Politik Gerechtigkeit überhaupt noch herstellen kann und will. *Bernd Ladwig* fragt dann nach dem Zusammenhang von Gerechtigkeit und Gleichheit. Er setzt sich kritisch mit antiegalitaristischen Positionen auseinander, verteidigt gegen sie die neuzeitliche „Moral gleicher Achtung“ (44), entnimmt dem Antiegalitarismus aber doch Hinweise auf „Grenzen eines umkämpften Gebietes der Gleichheit“ (49). *Walter Pfannkuche* setzt sich mit dem Konzept der Chancengleichheit auseinander, das im neoliberalen Diskurs Karriere macht, und plädiert für faire Chancengleichheit, konstatiert aber, dass selbst die „zur Herstellung einer gerechten Gesellschaft (...) nicht viel“ beitrage (57). Politik, die in krisenhaften Zeiten ihren „Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Verteilung von Einkommen und Arbeit“ nicht nutze, gebe einfach nur zu erkennen, dass ihr „das Wohl aller nicht gleichermaßen wichtig sei“ (62). *Christa Schnabl* schließlich diskutiert kritisch, wie im Ansatz des Gender Mainstreaming Maßstäbe für eine gerechte Gestaltung der Gesellschaft gegeben und zugleich der Gegenstandsbereich der Gerechtigkeit neu vermessen wird.

Dass „eine Theorie der Gerechtigkeit“ von *John Rawls* in vielen Beiträgen dieses Sammelbandes als Referenzpunkt von herausgehobener Bedeutung ist, kann nicht überraschen. *M. Möhring-Hesse* stimmt in seiner Erörterung theoretischer Grundlegungen des Streits um Gerechtigkeit der Rawls'schen Auffassung zu, einen Vorrang des Richtigen (im Sinne Kantischer universaler Handlungsregeln) vor dem Guten (im Sinne von Wertvorstellungen) und vor Klugheitsabwägungen (im Sinne praktischer Funktionalität) zu proklamieren. Er betont aber die Bedeutung aller dieser drei Quellen von Gerechtigkeit und empfiehlt der philosophischen Theorie, „an dem Gerechtigkeitsgebrauch der politischen Akteure zu lernen und die Gerechtigkeit in jener Breite zu sehen, die ihr politisch engagierte Menschen geben“ (91). Im aufschlussreichen Kontrast zum liberalen Ge-

rechtigkeitsdiskurs gibt *Hermann-Josef Große Kracht* einen einführenden Überblick zur Geschichte des Gemeinwohlbegriffs – von der bonum commune des hohen Mittelalters (Thomas von Aquin) bis hin zur neuzeitlichen Geschichte des Gemeinwohlkonzepts. Seine Argumentation führt zu dem Ergebnis, von einer „vollständigen Verabschiedung der traditionellen Gemeinwohlsemantik“ abzuraten, schon weil sie geeignet sei, „die eingeübten, und oft allzu selbstverständlich akzeptierten, Plausibilitäten des politischen Liberalismus durchaus nachhaltig und produktiv zu irritieren“ (105). Anregend lesen sich auch die Beiträge von *Matthias Iser* zum Verhältnis von Anerkennung und Gerechtigkeit – wobei Anerkennung als weniger anspruchsvolles Gerechtigkeitsziel, als zweiter Gerechtigkeitsaspekt, neben der Umverteilung, oder aber Inbegriff von Gerechtigkeit überhaupt verstanden werden kann – und von *Burkard Liebsch* über die propädeutische Bedeutung des Sinns für Ungerechtigkeit für das Gerechtigkeitsverständnis der Menschen.

Im Zusammenhang der Diskussion über Verschiebungen bei den gerechtigkeitsrelevanten Themen kritisiert *M. Möhring-Hesse* zunächst die Zurückstellung von Verteilungsgerechtigkeit gegenüber der Beteiligungsgerechtigkeit, wie sie im zunehmend marktradikal geprägten politischen Diskurs in der Bundesrepublik bei den großen Volksparteien ebenso wie in Stellungnahmen seitens der Kirchen zu beobachten ist. Hier werde ein falscher Gegensatz konstruiert, denn „im Gegensatz zu ‚Beteiligung‘ ist ‚Verteilung‘ normativ (...) unbestimmt“ (142). Erst wenn spezifische Verteilungsziele definiert worden seien, sei es möglich, Prioritäten zu setzen oder beide Begriffe in Opposition zueinander zu stellen. Kern seiner Argumentation ist die Feststellung, dass wer die Beteiligung aller Bürger wolle, „dazu die verteilungspolitischen Voraussetzungen dieser Beteiligung und eine zumindest in diesem Sinne gerechte Verteilung intendieren“ müsse (143). *Hans-Richard Reuters* Aufsatz über den „Generationenvertrag in der Konkurrenz der Gerechtigkeitsvorstellungen“ kann man dann als eine Konkretisierung dieser Überlegung lesen. Er versucht, im Anschluss an Rawls Gerechtigkeitstheorie, über den Generationenvertrag hinaus zu denken und intergenerationelle Verpflichtungen auf die Grundstruktur der Gesellschaft zu beziehen. Dabei kommt er im Blick auf die „Entstandardisierung des Erwerbslebens“, also der Relativierung von Erwerbsarbeit als dem „Kern der sozialpolitischen Institutionalisierung des Lebenslaufs“ (172) zu der Forderung, „soziale Sicherung ein Stück weit von der Erwerbstätigkeit“ zu entkoppeln (ebd.). Ebenso erfordere der Umstand, dass man

gesellschaftspolitisch immer weniger mit der Normalität der Familie rechnen könne, was „mit einer zunehmenden Schlechterstellung der existierenden Familien einher(gehe)“ (173), die Verantwortung aller Erwachsenen für alle Kinder einer Gesellschaft bei der Finanzierung von „Einrichtungen und Dienstleistungen, die eine kinderfreundliche Gesellschaft strukturell stützen“ (174).

In weiteren Beiträgen argumentieren *Bernhard Edmunds* und *M. Möhring-Hesse* gegen die These, dass Gerechtigkeit angesichts des Elends und der Armut in den südlichen Ländern dieser Welt kein auf einzelne Gesellschaften bezogenes Thema mehr sei. Zugleich betonen sie neben der „Erstverantwortung für die Überwindung von extremer Armut“ bei den BürgerInnen davon betroffener Gesellschaften (160) auch die „Mitverantwortung der Menschen in den Industrieländern“ (ebd.) sowie in diesem Zusammenhang die Bedeutung der v.a. von den hochentwickelten Staaten geprägten internationalen Rechtsordnung. *Konrad Ott* schließlich argumentiert für theoretische Arbeit am Begriff der Nachhaltigkeit und reflektiert diesen Begriff im Hinblick auf Fragen der intergenerationellen distributiven Gerechtigkeit mit besonderem Augenmerk auf die Verteilung natürlicher Ressourcen. Wie durchgängig alle AutorInnen betont auch er die Zuständigkeit einer demokratisch ermächtigten Politik für die verbindliche Festlegung von Zielsetzungen. Für alle, die sich als mündige Bürger in den Streit um Gerechtigkeit einmischen wollen, die es heute, so der Herausgeber, „weniger denn je im Singular, sondern im Plural - und vor allem im Streit“ – gibt, bietet der Sammelband fundierte Informationen und vielfältige Anregungen.

Helmut Martens (Dortmund)